GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Bundeskontaktstelle
Braunkohle
des Netzwerkes
GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

31. Mai 2021

BRUNICOWY ROZGLĚD

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist der neueste Kohlerundbrief mit den aktuellen Entwicklungen:

1. Proschimer Bürger*innen und GRÜNE LIGA nehmen Stellung zu Braunkohle-Beihilfen

2. Klimaskeptische Aussagen bei Tagung an der BTU Cottbus

3. Widerspruch von Deutsche Umwelthilfe und GRÜNE LIGA: Zulassung des Tagebaus Jänschwalde muss erneut auf den Prüfstand

4. Kirchengemeinde begrüßt Widerspruch von DUH/GL gegen Weiterbetriebszulassung des Braunkohletagebaus Jänschwalde

5. Frühling in unserem Wald

1. Proschimer Bürger*innen und GRÜNE LIGA nehmen Stellung zu Braunkohle-Beihilfen

LEAG kann nicht für fremdes Eigentum entschädigt werden

Mehrere Einwohner*innen von Proschim sowie das Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA haben in einer Stellungnahme an die EU-Kommission die geplanten Milliardenentschädigungen für den Kohleausstieg kritisiert. Die LEAG könne nicht für die Verschonung fremden Eigentums entschädigt werden. Die EU-Kommission hatte zuvor starke Zweifel an der im deutschen Kohleausstiegsgesetz vorgesehenen Zahlung von 1,75 Milliarden Euro an die LEAG angemeldet. Vor einer Entscheidung können bis zum 7. Juni alle Beteiligten Stellung nehmen.

„Die Angaben der LEAG gegenüber der Europäischen Kommission zeigen endgültig, dass wir Proschimer Bürgerinnen und Bürger nur noch als Spekulationsobjekt missbraucht wurden, um für ein längst unrealistisch gewordenes Bergbauprojekt noch eine Milliardenentschädigung zu erlangen. Statt Staatsgeldern an den Bergbaukonzern müsste die LEAG uns Betroffene für die jahrzehntelang fehlende Planungssicherheit entschädigen.“ sagt Günter Jurischka, der einer der Unterzeichner des Briefes ist.

Auch die Umweltgruppe Cottbus, die im Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA für das Thema Braunkohle zuständig ist, bringt sich in das Verfahren mit einer ausführlichen Stellungnahme ein. René Schuster,

Braunkohle-Experte des Netzwerkes: „Die LEAG will sich offenbar für die Verschonung fremden Eigentums entschädigen lassen. Die bergrechtlichen Grundabtretung ist aber ein Eingriff in Grundrechte, den weder der Bundestag noch die EU-Kommission voraussetzen dürfen, ohne ihn im Einzelfall geprüft zu haben. Ähnlich absurd sind Entschädigungen für den Verzicht auf Tagebauvorhaben oder Wassernutzungen, die gar nicht mit EU-Recht vereinbar gewesen wären."

Schuster weiter: „Die EU-Kommission hat sich bereits in ihrem Anhörungsschreiben einem Teil der Kritikpunkte angeschlossen, die wir seit Jahren ansprechen. Wir weisen in unserer Stellungnahme auf weitere Aspekte hin, die bisher im Prüfverfahren wenig beleuchtet wurden. So gäbe es gar nicht genug Kühlwasser, um das Kraftwerk Jänschwalde länger zu betreiben als im Kohleausstiegsgesetz vorgesehen."

Quellen und Links:

Aufforderung zu Stellungnahmen und Schreiben der EU-Kommission an Deutschland
Brief der Proschimer Bürger*innen (anonymisiert)
Stellungnahme der GRÜNEN LIGA deutsch
Stellungnahme der GRÜNEN LIGA englisch

2. Klimaskeptische Aussagen bei Tagung an der BTU Cottbus

Der Wasser-Cluster Lausitz e.V. lud am 12. März 2021 an der BTU Cottbus zur „Wasserkonferenz Lausitz" ein, bei der auch WCL-Vorstandsmitglied Dr. Christoph Gerstgraser einen Vortrag hielt. Dr. Gerstgraser versuchte dabei, den menschengemachten Klimawandel zu relativieren und verwies auf Einflüsse von außerhalb der Atmosphäre. Einer Cottbuser Studentin erschienen Gerstgrasers Thesen zum Klimawandel merkwürdig, sie fragte im Blog des renommierten Klimaforschers Stefan Rahmstorf nach. „Das ist Unsinn" lautet die deutliche Bewertung des Klimawissenschaftlers. Unten beide Aussagen im O-Ton.

Die Wasserkonferenz wurde unter anderem auch aus Mitteln vom Lausitzbeauftragten des Landes Brandenburg Klaus Freytag gefördert. Der frühere Chef der Bergbehörde war bereits Ende 2019 in die Kritik geraten, als er den Pro Lausitzer Braunkohle e.V. trotz mehrfacher klimaskeptischer Äußerungen als Veranstalter einer „Kleinen Klimaschule" förderte. Die Firma Gerstgraser (Ingenieurbüro für Renaturierung) ist seit ihrer Gründung regelmäßig für den Tagebaubetreiber Vattenfall/LEAG tätig und engagierte sich auch politisch für längere Braunkohleverstromung. So erschien das Logo der Firma mehrfach bei Pro Kohle-Demonstrationen neben dem Schriftzug „Wir leben von der Kohle und nicht von grünen Märchen!" Firma Gerstgraser ist auch beteiligt an dem Konsortium, das unter Führung eines LEAG-Tochterunternehmens im Auftrag der Bundesregierung die Folgen des Kohleausstieges auf den Wasserhaushalt in der Lausitz untersuchen soll.

Zitat Dr. Gerstgraser (Wasser-Cluster Lausitz e.V.):

„Mit dem Milanković-Zyklus, ist es so, den können wir nicht ändern, Irgendwann haben wir die nächste Eiszeit. Das ist fast schon eine philosophische Betrachtung. Der menschengemachte Klimawandel, ist ein Faktum, aber wie groß ist er und wie stark wird er von dem Übergeordneten beeinflusst.? In den Alpen im Observatorium Sonnblick wird seit 1886 gemessen. Die Temperaturen sind gestiegen, aber die Sonnenscheindauer hat um 20 % zugenommen. Wenn wir jetzt hier in der Lausitz kein CO2 mehr emittieren würden, würde sich dann die Sonnenscheindauer ändern? Mitnichten. Das heißt, wir haben einen Faktor von außen. Diesen genau auseinanderzuhalten, ob die Hälfte, zwei Drittel, drei Viertel, könnte man lange diskutieren. Ich denke da sind wir von der Wissenschaft einfach noch nicht so weit. Das ist eine unglaubliche Herausforderung. Aber wir können nicht sagen, dass der Mensch an allem Schuld ist. Wenn wir auf alles verzichten würden, würde sich das Klima auch nicht ändern? Das wär hanebüchen."

Bewertung von Stefan Rahmstorf (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung):

„Das ist Unsinn. Die Milankovic-Zyklen sind gut verstanden (siehe z.B. https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/3-millionen-jahre-klimawandel-in-der-computersimulation/) und würden zwar in 50.000 Jahren zu einer neuen Eiszeit führen, allerdings wird auch dann noch so viel

CO2 aus unseren bereits jetzt erfolgten Emissionen in der Luft sein, um diese Eiszeit zu verhindern, siehe https://www.nature.com/articles/nature18452 .
Die Veränderung der Sonneneinstrahlung an einer einzigen Messstation hat mit dem lokalen Wetter und der lokalen Luftverschmutzung zu tun, aber nichts mit Veränderungen der Sonnenaktivität. Die Sonnenleuchtkraft wird von Satelliten ständig gemessen und hat in den letzten Jahrzehnten abgenommen, was der von uns verursachten globalen Erwärmung leicht entgegen gewirkt hat. Stand der Wissenschaft nach vielen Studien ist, dass wir etwas mehr als 100% der globalen Erwärmung seit Mitte des 20. Jh. verursacht haben, d.h. ohne anthropogene Erwärmung hätte es eine leichte Abkühlung gegeben. Der Vortragende war wohl kein Klimaforscher und nicht über den Stand der Forschung zu diesen Fragen informiert.“

3. Widerspruch von Deutsche Umwelthilfe und GRÜNE LIGA: Zulassung des Tagebaus Jänschwalde muss erneut auf den Prüfstand

Berlin/Cottbus 03.05.2021: Deutsche Umwelthilfe (DUH) und GRÜNE LIGA halten die Weiterbetriebszulassung für den Braunkohletagebau Jänschwalde für rechtswidrig. Die DUH hat deshalb heute mit Unterstützung der GRÜNEN LIGA beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) ihre Widerspruchsbegründung eingereicht. Zuvor hat das LBGR bereits einräumen müssen, dass der Wasserentzug aus dem in der Nähe des Braunkohletagebaus gelegenen Pinnower Sees nicht gestoppt werden konnte. Damit muss die brandenburgische Bergbehörde die Rechtsmäßigkeit nun erneut prüfen.

„Wir halten die aktuelle Betriebszulassung für rechtswidrig. So hat sich gezeigt, dass die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) den vom Tagebau verursachten Wasserentzug aus dem Pinnower See nicht unter Kontrolle hat. Die Auswirkungen des Tagebaus auf Eichenbestände und geschützte Tierarten wurden auch nur ungenügend geprüft. Das Bergamt muss jetzt die Rechtmäßigkeit der Tagebauzulassung im Licht der aktuellen Erkenntnisse überprüfen“, sagt Cornelia Nicklas, Leiterin Recht der DUH.

Im Jahr 2018 hatte die Bergbehörde die LEAG dazu aufgefordert, in mehrere Seen Wasser einzuleiten, um die durch den Tagebau bewirkte Grundwasserabsenkung auszugleichen. Bis zum Frühjahr 2021 sollte der Wasserstand des Jahres 2010 wieder erreicht sein. Doch vor allem im Pinnower See sank der Wasserstand trotz umfangreicher Einleitung weiter.

René Schuster von der GRÜNEN LIGA in Cottbus erklärt dazu: „Die Anwohner und Nutzer des Pinnower Sees sind wütend. Seit Monaten wenden sie sich erfolglos mit Petitionen an Behörden und den Landtag. Die angeordnete Wassereinleitung in den See ist gescheitert, daher muss der Tagebau als Hauptursache des Wasserentzuges gestoppt werden. Denn eine Beseitigung des Pinnower Sees hat die LEAG nie beantragt und hätte sie auch nie genehmigt bekommen. Darauf droht der Weiterbetrieb des Tagebaues aber hinauszulaufen.“

Der Widerspruch gegen die Zulassung des Hauptbetriebsplanes für die Jahre 2020-2023 war schon 2020 fristgerecht erhoben worden und wird in dem jetzt eingereichten Schreiben näher begründet. Unter anderem wird darin auch argumentiert, dass die Beeinflussung der Eichenbestände und auf diese angewiesene geschützte Tierarten nicht ernsthaft geprüft wurde. Die im Jahr 2019 von der LEAG vorgelegte, so genannte Flora-Fauna-Habitat-Prüfung (FFH-Prüfung), mit der untersucht werden sollte, ob und ggf. mit welchen Maßnahmen die für den Tagebaubetrieb erforderliche Grundwasserabsenkung mit den Erhaltungszielen besonderer Schutzgebiete vereinbar ist, behauptet pauschal, dass es im Schutzgebiet der „Pinnower Läuche und Tauerschen Eichen“ keine Eichenbestände mit Kontakt zum Grundwasser gäbe. Diese Aussage ist aus Sicht von GRÜNE LIGA und DUH jedoch nicht haltbar und die FFH-Prüfung daher unvollständig. Mit Hilfe eines von der GRÜNEN LIGA beauftragten Gutachtens konnte nachgewiesen werden, dass ein Teil der Eichenbestände grundwassernah ist und empfindlich auf Grundwasserabsenkungen reagiert. Dem Tagebau durfte daher vom LBGR nicht ohne eine vertiefte Prüfung attestiert werden, FFH-verträglich zu sein.

4. Kirchengemeinde begrüßt Widerspruch von DUH/GL gegen Weiterbetriebszulassung des Braunkohletagebaus Jänschwalde

(Pressemitteilung der ev. Kirchengemeinde Region Guben)

Die Ev. Kirchengemeinde Region Guben begrüßt den Widerspruch der Deutsche Umwelthilfe (DUH) und GRÜNE LIGA gegen die Weiterbetriebszulassung des Braunkohletagebaus Jänschwalde. Dem Abbau von Braunkohle im Tagebau Jänschwalde stehen immense Schäden an Natur, Umwelt und Wasserhaushalt gegenüber, die allesamt gegen europäische Richtlinien verstoßen, wie dem Schutz von Flora-Fauna-Habitaten (FFH-Gebiete) und dem verbindlichen Grundwasserverschlechterungsverbot. In Übereinstimmung zu den Umweltverbänden bewertet die Ev. Kirchengemeinde Region Guben die Weiterbetriebszulassung des Tagebaus Jänschwalde als rechtswidrig.

Im Februar 2019 hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und Grüne Liga gegen die Zulassung des Hauptbetriebsplan des Tagebaus Jänschwalde geklagt und in einem Eilverfahren den Stopp des Tagebaus erzwungen, da dessen Genehmigung zuvor durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) ohne erforderliche FFH-Verträglichkeitsprüfung erteilt worden war. Nachdem die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) die Prüfung nachholte, genehmigte das LBGR den Weiterbetrieb im Februar 2020.

Aus Sicht von GRÜNE LIGA und DUH ist die vorgelegte FFH-Prüfung unvollständig. Vor allem dem Pinnower See, zwischen Guben und Lieberose im Lausitzer Landkreis Spree-Neiße gelegen, wird durch das Voranschreiten des Tagebaus Jänschwalde Schaden zugefügt, ohne dass die LEAG den massiven Wasserverlust des Pinnower Sees unter Kontrolle hat. Mittlerweile liegt der See im Bereich eines massiven Grundwasserabsenkungstrichters. Über 1000 Bohrungen rund um den Tagebau Jänschwalde saugen Wasser aus über 100m Tiefe ab. Entsprechend entsteht im Untergrund ein zu den Bohrungen hinführendes Grundwassergefälle, das bisher sämtliche Badeseen des Gubener Umlandes in Mitleidenschaft zog. Groß-, Klein- und Pastlingsee sowie der Deulowitzer See und der Pinnower See müssen seit einer Anordnung vom Juli 2018 des Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) durch den Verursacher LEAG zusätzlich mit Einleitwasser versorgt werden, um ein weiteres Absinken der Seewasserstände zu verhindern.

Durch die Einleitung erholen sich in den übrigen Seen die zum Teil drastischen Pegelverluste nun wieder. Am Pinnower See hingegen fällt der Seespiegel trotz des zusätzlichen Speisewassers. Nachdem der Seepegel mit Einleitbeginn von rund 1700m³ am Tag (=20l/s) erwartungsgemäß anstieg, fallen die Werte seit einem Jahr bzw. stagnieren mehr oder weniger. Der avisierte Zielwasserstand des Sees wurde nie erreicht. Selbst eines mit der Untersuchung beauftrage Ingenieurbüro kann den Verbleib des zugeleiteten Wassers nicht erklären.

„Es ist nicht Sache der Evangelischen Kirchengemeinde eigene Untersuchungen anzustellen, wenn aber den Anliegern als einzige Erklärung eine Allgemeinverfügung zur Einschränkung des Wasserverbrauch in Aussicht gestellt wird und damit den Siedlungsgemeinschaften am Pinnower See die Schuld an dem Dilemma auferlegt wird, dann ist das schon eine bemerkenswerten Vorgang des zuständigen Landesamtes“, sagt Matthias Bärmann von der Ev. Kirchgemeinde Region Guben: „Das mit dem Gut Grundwasser sorgsam umgegangen werden muss, ist sicher niemand mehr bewusst als den betroffenen Anliegern selbst! Denn sie sehen seit Jahren wie ‘ihr‘ See stirbt und plötzlich heißt es, dass ihr Wasserverbrauch Schuld daran trägt, während Tag für Tag der Grundwassertrichter des Tagebaus Jänschwalde größer und größer wird und immer näher kommt.“

Und dieser austrocknende Eingriff in die intakte Natur betrifft ja nicht nur den See. Jeder Quadratmeter Natur zwischen den Wochenendhäuser der Anlieger am See und dem Tagebau Jänschwalde bekommt den Durst des Tagebaus zu spüren. Moore und Wiesen dörren aus. Wasserstellen, die früher in den Wäldern überall in der Gegend zu finden waren, liegen seit Jahren trocken. „Ja, der klimatische Einfluss lässt sich nicht wegdiskutieren“, dessen ist sich auch Matthias Bärmann bewusst: „Aber wenn man im Untergrund den Stöpsel zieht, muss man sich nicht wundern, wenn die Badewanne nicht mal mehr halbvoll werden will.“

Nach Angaben des Bergbaubetreibers fördert die LEAG jedes Jahr 110.000.000m³ Wasser für die Trockenlegung des Tagebaus Jänschwalde aus dem Untergrund. Diese Menge würde genügen, um den Großraum Berlin eine halbes Jahr lang mit Wasser zu versorgen. Daher ist es für die Ev. Kirchengemeinde Region Guben unverständlich, dass ein solch brachialer Eingriff in den Wasserhaushalt, und damit in die gute Schöpfung Gottes, den FFH-Richtlinien und dem Grundwasserschutzgebot der Europäischen Union entsprechen soll. Es kann daher nur zutreffen, dass die negativen Folgen des Braunkohletagebaus Jänschwalde in Natur, Umwelt und Wasserhaushalt bei der Prüfung komplett ausgeblendet wurden, denn ansonsten hätte diese Genehmigung niemals erteilt werden dürfen.

Die Evangelische Kirchengemeinde ist bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein gutes Leben in unserer Region mit zu gestalten. Dazu gehört auch, im österlichen Glauben die Zukunft und das Leben der folgenden Generationen bei allem Tun und Lassen mit zu bedenken. Aus diesem Anspruch heraus ergeht unsere Forderung, den Genehmigungsvorgang der Weiterführung des Bergbaus nochmals eingehend und gründlich zu prüfen.

5. Frühling in unserem Wald

Im bis 2037 gepachteten Wald bei Rohne ist nach wie vor die Wildkamera im Einsatz, um allen Interessierten einen Eindruck vom Leben auf "unserer" Waldlichtung zu vermitteln. Im Frühjahr sind uns da wieder ein paar gute Bilder gelungen!